



Protokoll

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung u. Gesundheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 13.11.2025
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:13 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Brücher, Bertold	Bündnis 90 / Die Grünen
------------------	-------------------------

Ordentliche Mitglieder

Emmerich, Peter	CDU	
Ganzauer, Oliver	SPD	
Graf, Frank	SPD	
Hauptstein, Siegfried	SPD	
Kamphenkel, Marcel	SPD	(online teilgenommen)
Kanter, Heike	CDU	
Müller, Karl - Heinz	CDU	
Pröttel, Leonhard	Bündnis 90 / Die Grünen	
Schwetje, Gerhard-Christian	CDU	
Volke, Andre	SPD	

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Försterling, Björn	FDP
Glinka, Jens	AFD, als Vertreter für Herrn Pastewsky

Beratende Mitglieder

Beims, André	
Marowsky-Brée, Carsten	(online teilgenommen)
Sievers, Rolf	
Weilbier, Max	

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

Von der Verwaltung

Beddig, Heiko

Klooth, Kathrin

Fricke, Jürgen

Schulze Kökelsum, Monika, Dr.

Glaeske, Olaf

Lüpke, Sonja

Wilhelm, Andree

Erster Kreisrat

Leitung Dezernat III

Leitung Amt 32

Leitung Amt 53

Leitung Abteilung 323

Katastrophenschutzmanagerin

Pressesprecher

Protokollführer

Brennecke, Daniel

Gast:

Pastewsky, Jürgen

AFD

Es fehlen:**Beratende Mitglieder**

Denecke, Frank

Graf, Florian

Kreisbrandmeister

Tagesordnung:**Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 18. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2026 - Teilhaushalt 32
Vorlage: XIX-0611/2025/6
7. Finanzierung des Flexo-Verkehrs im Bereich Cremlingen/Sickte für das Jahr 2026
Vorlage: XIX-0615/2025
8. Resolution der Gemeinde Cremlingen gegen die Reduzierung von Linienangeboten des Öffentlichen Personennahverkehrs
Vorlage: XIX-0622/2025

9. Resolution der Samtgemeinde Elm-Asse zum Erhalt des Angebots an Buslinien und zur Tarifgestaltung in der Samtgemeinde Elm-Asse
Vorlage: XIX-0616/2025
10. Antrag der Samtgemeinde Baddeckenstedt auf eine finanzielle Beteiligung am Bau einer Leichtbauhalle für die Unterbringung eines Fahrzeuges der Kreisfeuerwehr
Vorlage: XIX-0617/2025
11. Finanzielle Förderung der DLRG-Ortsgruppe Wolfenbüttel e.V. zur anteiligen Unterstützung der Mietkosten für Vereinsräumlichkeiten
Vorlage: XIX-0618/2025
12. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2026 - Teilhaushalt 53
Vorlage: XIX-0611/2025/7
13. Hausärztliche Versorgung
Vorlage: XIX-0609/2025
14. Digitalisierung im Gesundheitsamt - Mündlicher Bericht
15. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
16. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Brücher eröffnet die 19. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit um 16:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Vorsitzender Brücher stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Vorsitzender Brücher stellt die Tagesordnung fest.

Änderungswünsche liegen nicht vor.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 18. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (§§ 23, 5d GO)

Vorsitzender Brücher stellt das Protokoll über die 18. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit einstimmig mit einer Enthaltung nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 18. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit vom 21.08.2025 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 5.1 auf und stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Vorsitzender Brücher schließt daraufhin den Tagesordnungspunkt.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 5.2 auf.

KAbg. Graf stellt drei Anfragen:

1. Warum werden in der angemieteten Halle in Isingerode derzeit noch keine Fahrzeuge der Kreisfeuerwehr untergestellt?
2. Wann wird ein Plan für den Umbau der FTZ zur Einrichtung einer Schwarz-Weiß-Trennung vorgelegt?
3. Wann erfolgt die Einstellung von zusätzlichem Personal in der FTZ? Eine entsprechende Stelle wurde mit dem Haushaltsplan 2025 eingerichtet.

Herr Glaeske beantwortet die Anfragen wie folgt:

1. Aktuell wird das Gebäude ertüchtigt. Um die Fahrzeuge unterstellen zu können, werden Strom und Druckluft benötigt.
2. Das Konzept ist nahezu fertiggestellt. Im nächsten Schritt muss die bauliche Umsetzung mit der Gebäudewirtschaft besprochen werden.
3. Die Stellenausschreibung befindet sich derzeit in der Vorbereitung.

KAbg. Kamphenkel fragt nach dem Stand der Beschaffung des für 2025 eingeplanten ATV und ob es bereits Erfahrungsberichte aus anderen Landkreisen gibt.

Herr Beddig sichert eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Protokollnotiz:

Laut Auskunft der Kreisfeuerwehr konnte mit der Beschaffung des für 2025 eingeplanten ATV aus Kapazitätsgründen bisher noch nicht begonnen werden.

KAbg. Kamphenkel fragt, mit welcher Leistungsbeschreibung die Stromerzeuger für die Bürger-Leuchttürme beschafft wurden und was mit diesen betrieben werden soll. Laut Rückmeldungen aus der Samtgemeinde Baddeckenstedt sei im Dorfgemeinschaftshaus in Oelber lediglich die Deckenbeleuchtung zu betreiben.

Herr Glaeske teilt mit, dass es sich um 15 kVA-Stromerzeuger handelt. Die Leistungsermittlung erfolgte anhand eines üblichen Gebäudes. Bei einer ersten Leuchtturmübung im August in Sickte konnte die geschilderte Problematik nicht festgestellt werden. Dort wurden neben der Beleuchtung auch eine Tiefkühltruhe, zwei Kaffeemaschinen und ein Wasserkocher betrieben. Er sichert eine Klärung mit der Samtgemeinde Baddeckenstedt zu.

KAbg. Kamphenkel fragt nach dem Sachstand zum Erlass für die Neustrukturierung der Kreisfeuerwehrebereitschaften und welche Handlungsmöglichkeiten sich zukünftig für den Landkreis und die kreisangehörigen Gemeinden ergeben.

Herr Beddig teilt mit, dass der Erlass vor knapp zwei Wochen veröffentlicht wurde. Über die Umsetzung werde gesondert berichtet.

Protokollnotiz:

Der Erlass ist über die Internetseite des Nds. Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz abrufbar.

**TOP 6 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das
Haushaltsjahr 2026 - Teilhaushalt 32
Vorlage: XIX-0611/2025/6**

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 6 auf.

Herr Fricke erläutert die Vorlage.

KAbg. Ganzauer fragt, wofür das in der FTZ vorhandene Gummiboot bisher genutzt wurde, warum Hochwasserboote benötigt werden und wie viele Boote in den kreisangehörigen Gemeinden vorhanden sind.

Herr Glaeske erklärt, dass Hochwasserboote im Gegensatz zu Gummibooten auch in flachem Wasser genutzt werden können. Derzeit sind zwei solcher Boote beim THW und ein Boot bei der Ortsfeuerwehr Wolfenbüttel vorhanden. In einer Hochwasserlage müssen zudem verschiedene Einsatzabschnitte abgedeckt werden, weshalb ein Hochwasserboot nicht ausreichend ist.

KAbg. Prötzel fragt, wie sich Landrätin Steinbrügge im Verbandsrat des RGB hinsichtlich eventueller Mehrkosten für den ÖPNV oder notwendiger Kürzungen positioniert. Trotz der vom Land bereitgestellten 1,5 Millionen Euro komme man seiner Ansicht nach nicht um Kürzungen herum.

Landrätin Steinbrügge weist darauf hin, dass die Verbandsversammlung die endgültige Entscheidung treffe. Die 1,5 Millionen Euro machen lediglich die Hälfte der insgesamt einzusparenden 3 Millionen Euro aus. Der RGB müsse nun erst einmal die Lage bewerten.

KAbg. Prötzel fragt, ob die lokalen Verkehre mit dem Haushaltsentwurf für 2026 ausreichend finanziert sind.

Herr Fricke erklärt, dass für die lokalen Verkehre 675.000 € einplant sind. Diese seien damit ausreichend finanziert.

KAbg. Graf fragt, ob die mit 9.000 Liter angegebene Tankkapazität des Abrollbehälters Wassertank wirklich korrekt sei. Die Kapazität komme ihm sehr gering vor.

Herr Beddig sichert eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Protokollnotiz:

Die angegebene Tankkapazität ist korrekt. Entsprechende Abrollbehälter verfügen im Regelfall über eine Tankkapazität zwischen 8.000 und 10.000 Liter. Es gibt jedoch auch Abrollbehälter mit einer Tankkapazität von bis zu 14.000 Liter. Bei der Planung zwingend zu beachten sind jedoch das Einhalten der technisch zulässigen Gesamtmasse des Wechselladerfahrzeugs sowie die Sicherstellung der Fahrstabilität im aufgesattelten Zustand.

KAbg. Kamphenkel fragt, ob die Hochwasserboote ein normales Boot ersetzen können und warum diese vom Landkreis angeschafft werden sollen.

Herr Glaeske erklärt, dass Hochwasserboote andere Einsatzzwecke als herkömmliche Schlauchboote haben. Die Kreisfeuerwehr schafft Fahrzeuge und Geräte an, die über die örtliche Gefahrenabwehr hinausgehen. Dies sei bei Hochwasserlagen der Fall.

KAbg. Müller fragt nach dem Sachstand der Beschaffungsliste und warum für 2026 keine Fahrzeugbeschaffungen geplant sind.

Herr Glaeske sichert einen aktuellen Sachstand über das Protokoll zu. Aktuell sind noch nicht alle bestellten Fahrzeuge geliefert. Sobald dies der Fall ist und alle Kräfte auf den neuen Fahrzeugen ausgebildet sind, werden die Fahrzeugbeschaffungen fortgesetzt.

Protokollnotiz:

Die aktuelle Beschaffungsliste ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

KAbg. Kamphenkel merkt an, dass der Ansatz für die 30 Atemschutzgeräte genauso hoch ist wie vor drei Jahren. Im Hinblick auf Preissteigerungen der letzten Jahre habe er daher Bedenken, dass der Ansatz ausreichend ist.

Darüber hinaus fragt er nach dem Einsatzkonzept des Abrollbehälter Wassertank, wie derzeit das Wasser zu den Einsatzstellen gebracht wird und wie oft ein solcher Wassertank in der Vergangenheit aus anderen Kommunen angefordert werden musste.

Herr Glaeske teilt mit, dass der Abrollbehälter auf Anforderung zur Einsatzstelle gebracht wird. Die Wasserversorger beklagen sich vermehrt, dass eine Sicherstellung der Wasserversorgung in kleinen Orten und Waldgebieten über das Trinkwassernetz nicht möglich sei. Selbst in der Stadt Wolfenbüttel müssen immer öfter Tanklöschfahrzeuge überörtlich angefordert werden.

Der Haushaltsansatz für die Atemschutzgeräte werde noch einmal geprüft.

Protokollnotiz:

Eine vorab durchgeführte Markterkundung hat ergeben, dass sich die Preise in den letzten Jahren stabilisiert haben, nachdem sie im Zuge der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges zunächst gestiegen waren. Der Haushaltsansatz in Höhe von 95.000 € ist daher ausreichend.

Herr Beims fragt, inwiefern die Löschwasserversorgung eine Aufgabe des Landkreises ist.

Herr Glaeske verweist auf seine Erklärung zu den Hochwasserbooten. Zudem werde geschaut, ob es wirtschaftlich sei, in jeder Gemeinde die entsprechenden Fahrzeuge und Geräte vorzuhalten. Dies ist bei Abrollcontainern nicht der Fall, da neben dem Container noch ein entsprechendes Wechselladerfahrzeug benötigt werde.

Kenntnisnahme:

Von den ergänzenden Erläuterungen des Teilhaushaltes 32 („Ordnung und Verbraucherschutz“) zum Entwurf der Haushaltsplanung 2026 (Sitzungsvorlag Nr. XIX-0611/2025) wird Kenntnis genommen.

**TOP 7 Finanzierung des Flexo-Verkehrs im Bereich Cremlingen/Sickte für
das Jahr 2026
Vorlage: XIX-0615/2025**

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf.

Herr Beddig erläutert die Vorlage.

KAbg. Ganzauer äußert die Zustimmung der SPD-Kreistagsfraktion für 2026. Für das Jahr 2027 sollte die Verwaltung beauftragt werden, Gespräche mit den betroffenen Kommunen aufzunehmen.

KAbg. Müller teilt mit, dass sich die CDU-Kreistagsfraktion dem Gesagten anschließt.

Landrätin Steinbrügge weist darauf hin, dass in der Vorlage bereits empfohlen wird, für das Jahr 2027 Gespräche mit der Gemeinde Cremlingen und der Samtgemeinde Sickte aufzunehmen.

KAbg. Pröttel stimmt dem Gesagten zu. Es sollte jedoch berücksichtigt werden, wann das betroffene Teilnetz neu ausgeschrieben werden muss, um eine Einbindung des Flexo-Verkehrs, analog zur letzten Ausschreibung des Teilnetzes 61, zu ermöglichen.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landkreis Wolfenbüttel übernimmt für den Weiterbetrieb des Flexo-Verkehrs im Bereich Cremlingen/Sickte im Jahr 2026 50 % des Kostenanteils. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Lösung für die Fortführung des Betriebs ab dem Jahr 2027 zu erarbeiten.

**TOP 8 Resolution der Gemeinde Cremlingen gegen die Reduzierung von
Linienangeboten des Öffentlichen Personennahverkehrs
Vorlage: XIX-0622/2025**

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 8 auf.

Kenntnisnahme:

Die Resolution der Gemeinde Cremlingen, Anlage 1 zur Vorlage XIX-0621/2025, wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 9 Resolution der Samtgemeinde Elm-Asse zum Erhalt des Angebots
an Buslinien und zur Tarifgestaltung in der Samtgemeinde Elm-Asse
Vorlage: XIX-0616/2025**

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 9 auf.

Kenntnisnahme:

Die Resolution der Samtgemeinde Elm-Asse zum Erhalt der Regiobuslinien 710 und 730 und zur Tarifgestaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 10 Antrag der Samtgemeinde Baddeckenstedt auf eine finanzielle Beteiligung am Bau einer Leichtbauhalle für die Unterbringung eines Fahrzeuges der Kreisfeuerwehr
Vorlage: XIX-0617/2025

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 10 auf.

Herr Beddig führt ergänzend zur Vorlage aus, dass mittlerweile eine Rückmeldung der Samtgemeinde Baddeckenstedt vorliegt. Die politischen Gremien der Samtgemeinde Baddeckenstedt haben sich einstimmig für eine Unterbringung des Fahrzeuges der Kreisfeuerwehr bei der Feuerwehr Nordassel ausgesprochen. Die Kosten für das Gesamtprojekt betragen ca. 372.000 €. Davon entfallen 140.000 € auf die Errichtung des zusätzlichen Stellplatzes für das Fahrzeug der Kreisfeuerwehr. Seitens der Samtgemeinde Baddeckenstedt erwarte man eine adäquate Bezuschussung des Landkreises.

KAbg. Försterling fragt, wie oft der Landkreis bisher Stellplätze für Kreisfahrzeuge in den Gemeinden bezuschusst hat.

Herr Beddig teilt mit, dass dies bisher noch nie der Fall war. Aufgrund der angespannten Haushaltslage sehe er keine Möglichkeit für einen Zuschuss. Ferner bestehe durch das Fahrzeug der Kreisfeuerwehr auch ein Mehrwert für die Samtgemeinde Baddeckenstedt bzw. die Ortsfeuerwehr Nordassel.

KAbg. Ganzauer stimmt Herrn Beddig zu. Er sehe aufgrund der Haushaltslage sowie der angemieteten Halle in Isingerode keine Möglichkeit für einen Zuschuss an die Samtgemeinde Baddeckenstedt.

KAbg. Müller schließt sich der Argumentation von KAbg. Ganzauer an und weist darauf hin, dass bisher noch keine Zahlen vorlagen. Er schlägt vor, die Vorlage zurück in die Fraktionen zur Beratung zu geben.

Vorsitzender Brücher schließt sich ebenfalls KAbg. Ganzauer an.

KAbg. Kamphenkel merkt an, dass eine dezentrale Aufstellung der Kreisfeuerwehr gewollt ist. Eine adäquate Beteiligung bedeute nicht, dass der Stellplatz in voller Höhe finanziert werden muss. Die Angelegenheit sollte erneut in den Fraktionen beraten werden.

KAbg. Försterling weist darauf hin, dass mit der Haushaltssatzung 2026 voraussichtlich die Kreisumlage erhöht wird. Sofern für viele Einzelmaßnahmen Geld zurück in die Gemeinden fließt, müsse sich auch hier über eine andere Lösung unterhalten werden. Sollte die Baumaßnahme bezuschusst werden, wird es zukünftig bei jedem dezentral stationierten Fahrzeug der Kreisfeuerwehr Diskussionen über eine Kostenbeteiligung des Landkreises geben.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Eine Beschlussempfehlung zur Vorlage XIX-0617/2025 wird nicht ausgesprochen. Die Vorlage wird zur Beratung zurück in die Fraktionen verwiesen. Es bleibt dem Kreisausschuss überlassen, eine Empfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 11 Finanzielle Förderung der DLRG-Ortsgruppe Wolfenbüttel e.V. zur anteiligen Unterstützung der Mietkosten für Vereinsräumlichkeiten

Vorlage: XIX-0618/2025

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 11 auf.

KAbg. Ganzauer teilt mit, dass die Angelegenheit im Zuge der allgemeinen Haushaltsberatungen behandelt werden sollte.

KAbg. Kamphenkel fragt, inwiefern der Katastrophenschutz durch die finanzielle Unterstützung gestärkt wird.

Herr Glaeske erklärt, dass eine Wasserrettungsgruppe etabliert werden soll. Die notwendigen Fahrzeuge und Geräte sind bereits vorhanden, jedoch aufgrund der fehlenden Unterkunft nicht in Wolfenbüttel untergestellt. Um die Einsatzbereitschaft herzustellen und Ausbildungsdienste durchzuführen, wird eine Unterkunft benötigt.

KAbg. Graf weist darauf hin, dass es noch weitere DLRG-Ortsgruppen im Landkreis Wolfenbüttel gibt. Diese würden sich in ähnlichen Situationen befinden.

Herr Glaeske teilt mit, dass die übrigen DLRG-Ortsgruppen Wasserrettung in Schwimmbädern durchführen. Es gebe jedoch bereits die Absprache, dass diese zukünftig in der Katastrophenschutzereinheit mitwirken.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Eine Beschlussempfehlung zur Vorlage XIX-0618/2025 wird nicht ausgesprochen. Die Vorlage wird zur Beratung zurück in die Fraktionen verwiesen. Es bleibt dem Kreisausschuss überlassen, eine Empfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 12 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2026 - Teilhaushalt 53

Vorlage: XIX-0611/2025/7

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 12 auf.

Frau Klooth erläutert die Vorlage.

Kenntnisnahme:

Von den ergänzenden Erläuterungen des Teilhaushaltes 53 zum Entwurf der Haushaltsplanung 2026 (Sitzungsvorlage Nr. XIX-0611/2025/7) wird Kenntnis genommen.

TOP 13 Hausärztliche Versorgung

Vorlage: XIX-0609/2025

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 13 auf.

Frau Klooth erläutert die Vorlage.

KAbg. Glinka stellt für die AfD-Kreistagsfraktion einen Änderungsantrag. Der Antrag ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

KAbg. Ganzauer fragt, ob es bereits Förderrichtlinien gibt, auf die zurückgegriffen werden könnte und mit welchen Summen gefördert wird.

Frau Klooth teilt mit, dass es entsprechende Förderrichtlinien gibt. Auch im Landkreis Wolfenbüttel gibt es in der Gemeinde Schladen-Werla sowie in den Samtgemeinden Oderwald und Baddeckenstedt eigene Richtlinien.

Seitens der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) wird für Förderrichtlinien in den Landkreisen geworben, obwohl diese den gesetzlichen Versorgungsauftrag hat. Mit dem eigenen Förderprogramm fördert die KVN Niederlassungen in Planungsbereichen mit einem Versorgungsgrad von unter 70 Prozent. Die Landkreise und kreisfreien Städte sind sich einig, dass der Versorgungsauftrag der KVN sich auch darauf bezieht, im ländlichen Bereich eine ausreichende hausärztliche Versorgung vorzuhalten. Mehrere Landkreise, wie auch der Landkreis Wolfenbüttel halten es nicht für angebracht mit finanziellen Mitteln des Landkreises hier eine Aufgabe der KVN zu stützen. Andere Landkreise tun dies dennoch in der Hoffnung, die medizinische Versorgung vor Ort zu verbessern.

Im Falle der Einführung einer Förderrichtlinie müsse auch geklärt werden, ob Ansiedlungen im gesamten Landkreis Wolfenbüttel oder nur in Bereichen mit geringerer Versorgung gefördert werden sollen.

Sie weist zudem darauf hin, dass die 100.000 € u.a. als institutionelle Förderung in besonderen Einzelfällen genutzt werden können. Bei der Förderung von Einzelzulassungen von Ärzten oder Ärztinnen könnten im Hinblick auf das Gleichbehandlungsgebot Probleme entstehen.

KAbg. Försterling befürwortet das Einstellen der 100.000 € in den Haushalt 2026 sowie den Sperrvermerk, der im Einzelfall durch den Kreisausschuss aufgehoben werden kann. Eine eigene Förderrichtlinie des Landkreises sei nicht notwendig.

KAbg. Graf weist auf seinen Vorschlag hin, gemeinsam mit betroffenen Gemeinden das Klinikum anzusprechen und Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner für einen gewissen Zeitraum in einem MVZ unterzubringen. Er befürwortet eine finanzielle Förderung durch den Landkreis in solchen Fällen.

KAbg. Glinka erklärt, dass keines der Förderprogramme der KVN auf die Planungsgebiete des Landkreises Wolfenbüttel zutreffe. Stand Mitte 2025 gab es insgesamt 29 offene Hausarztstellen in den drei Planungsgebieten des Landkreises Wolfenbüttel.

Durch das MVZ Klinikum Wolfenbüttel wurde zum 01.07.2025 das alte Ärztehaus in Schladen übernommen. Ein Vertreter teilte in einer Gemeinderatssitzung jedoch mit, dass das Klinikum selber Probleme bei der Gewinnung von Personal im hausärztlichen Bereich habe.

Ferner weist er darauf hin, dass eine Ärztin aus der Gemeinde Schladen-Werla in den Landkreis Goslar gewechselt ist und dort eine Förderung in Höhe von 50.000 € durch den Landkreis Goslar erhalten hat.

Angesichts der Versorgungssituation im Landkreis Wolfenbüttel empfiehlt er, Förderrichtlinien anderer Landkreise zu sichten und eine auf den Landkreis Wolfenbüttel zugeschnittene Lösung zu erarbeiten.

Frau Klooth erklärt, dass es sich bei den 29 offenen Hausarztstellen, um die Gesamtsumme aller drei Planungsbereiche handelt, die auch die Stadtgebiete Salzgitter und Braunschweig umfassen. Im hausärztlichen Planungsbereich Wolfenbüttel gibt es derzeit ungefähr sieben offene Sitze.

Hinweis der Verwaltung:

Der aktuelle hausärztliche Versorgungsgrad beträgt für die Hausärztlichen Planungsbereiche

Wolfenbüttel 96,4 % (7,5 freie Niederlassungen)
Braunschweig 109,0 % (0 freie Niederlassungen)
Salzgitter 86,6 % (19 freie Niederlassungen)

KAbg. Müller schlägt vor, die Angelegenheit zur Beratung zurück in die Fraktionen zu verweisen.

Landrätin Steinbrügge verdeutlicht, dass die 100.000 € entsprechende Reaktionsmöglichkeiten bei Anfragen bieten. Die Etablierung einer Förderrichtlinie wird ausdrücklich nicht vorgeschlagen, da die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung Aufgabe der KVN ist. Diese Position werde so auch im NLT vertreten.

KAbg. Pröttel stimmt Landrätin Steinbrügge zu.

KAbg. Ganzauer fragt beziehend auf die an das Klinikum gezahlten 98.000 € nach der Entwicklung des MVZ in Schladen.

Frau Klooth berichtet, dass planmäßig vom Klinikum ein MVZ in Schladen gegründet worden sei unter Übernahme einer bestehenden hausärztlichen Praxis. Allerdings stehen die ursprünglich für eine Nutzung vorgesehenen Räume im Ärztezentrum in der Bahnhofstraße nicht mehr zur Verfügung, da dort seit kurzem eine Hausärztin aus der Stadt Wolfenbüttel Sprechstunden anbietet. Aktuell werden geeignete Räume gesucht. Da dies der Darstellung von Herrn Glinka in Teilen widerspricht, wird nach Rücksprache mit dem Klinikum eine Klarstellung über das Protokoll erfolgen.

Protokollnotiz:

Bericht des Städtischen Klinikums Wolfenbüttel:

Das MVZ Allgemeinmedizin des Städtischen Klinikums Wolfenbüttel hat über den Zulassungsausschuss der Kassenärztlichen Vereinigung eine Zweigpraxis in Schladen gegründet. Hierzu wechselten der in der Hermann-Löns-Straße selbstständig niedergelassene Allgemeinmediziner Egbert-Rüdiger Fiolka und sein Praxispersonal zum 01.04.2025 in ein Anstellungsverhältnis in das MVZ. Dort wird die Praxis aktuell wie zuvor betrieben. Ein zweiter Standort befindet sich weiterhin in Salzgitter-Bad; die Öffnungszeiten sind wie zuvor zu in etwa gleichen Teilen in Schladen und in Salzgitter-Bad.

Ziel des MVZ ist es auch auf Wunsch des Landkreises Wolfenbüttel, eine Situation herbeizuführen, die die allgemeinmedizinische Versorgung in Schladen und Umgebung mittel- und langfristig sichert. Dies ist nur über einen sich auch in den Sprechstundenzeiten überschneidenden Einsatz von mindestens zwei, möglichst drei Allgemeinmedizinern erreichbar und nur mit mindestens vier Sprechzimmern möglich. Das ist in den jetzigen Praxisräumen in der Hermann-Löns-Straße nicht gegeben. Die Versuche, mit den beiden noch als Ärztegemeinschaft Schladen an jeweils einem Tag in der Woche praktizierenden Ärzten Dr. Holak (Augenheilkunde) und Prof. Dr. Gerstner (HNO) zu einer gemeinsamen Raumnutzung in der Bahnhofstraße 9 zu kommen, ließen sich leider nicht realisieren, nachdem dort kurz vor dem geplanten und abgesprochenen Umzug für uns überraschend und unerwartet auch die Allgemeinmedizinerin Dr. Hoppe eingezogen ist und ebenfalls eine Zweigsprechstunde betreibt. Dieses Engagement finden wir zur Verbesserung der Versorgungssituation zwar ausgesprochen hilfreich, aber so reicht der Platz dort nicht mehr aus, um das zu realisieren, was wir vorhaben.

Insofern sind wir jetzt auf der Suche nach Räumen in Schladen oder Hornburg, die geeignet sind, eine Praxis mit mehreren Ärzten aufzunehmen und als Dauerarbeitsplatz ausreichend attraktiv für neu hinzu zu gewinnende Hausärzte ist. Bevor diese Frage nicht geklärt ist, können auch keine weiteren Ärzte und Arzthelferinnen gesucht und eingestellt werden, weil schlichtweg die Räume dafür nicht ausreichen. Für entsprechende Hinweise zu geeigneten Räumen, egal woher, sind wir dankbar.

KAbg. Ganzauer schlägt vor, im Rahmen der nächsten Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit das MVZ Schladen zu besuchen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Eine Beschlussempfehlung zur Vorlage XIX-0609/2025 und dem Änderungsantrag der AfD wird nicht ausgesprochen. Die Vorlage wird zur Beratung zurück in die Fraktionen verwiesen. Es bleibt dem Kreisausschuss überlassen, eine Empfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 14 Digitalisierung im Gesundheitsamt - Mündlicher Bericht

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 14 auf.

Frau Dr. Schulze Kökelsum berichtet über die Digitalisierung im Gesundheitsamt anhand einer Präsentation. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

KAbg. Müller fragt, ob der Umzug des Gesundheitsamtes in das neue Gebäude bereits vollzogen sei und wann die Stufe 4 der gezeigten digitalen Reifegrade voraussichtlich erreicht werden kann.

Frau Dr. Schulze Kökelsum erklärt, dass dies nur schwer zu prognostizieren sei. Im Bereich IT-Sicherheit werde man nicht über Stufe 2 hinauskommen, da hierfür ein eigener Server im Gesundheitsamt erforderlich wäre.

Der Umzug in das neue Gebäude erfolgte in der Woche vom 13. bis 17. Oktober. Seit dem 20. Oktober laufe der Normalbetrieb in den neuen Räumlichkeiten.

KAbg. Ganzauer fragt, ob es nach dem 31.08.2026 weitere Fördermittel gebe oder ob dann eigene Haushaltsmittel zur Erreichung weiterer Stufen genutzt werden müssen.

Frau Dr. Schulze Kökelsum teilt mit, dass noch nichts über eine eventuelle Verlängerung bekannt ist. Viele kostenintensive Maßnahmen, wie zum Beispiel das Digitalisieren von Alt-Akten, die Beschaffung von technischer Ausstattung sowie die Entwicklung von IT-Sicherheits- und Datenschutzkonzepten werden daher bereits jetzt durchgeführt, um eine gute Basis für die zukünftige Weiterentwicklung zu schaffen.

KAbg. Glinka bedankt sich für das Angebot der digitalen Infektionsschutzbelehrung.

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit nimmt vom mündlichen Bericht zur Digitalisierung im Gesundheitsamt Kenntnis.

TOP 15 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 15 auf.

Herr Beddig berichtet über den Sachstand zum Bau des Bevölkerungsschutzzentrums an der Mascheroder Straße:

Mit dem Kreistagsbeschluss aus Mitte 2024 wurde die Kreisverwaltung damit beauftragt, das betroffene Baugrundstück an der Mascheroder Straße selbst zu erwerben und die Realisierung des Bevölkerungsschutzzentrums eigenständig umzusetzen.

Der Erwerb des Grundstücks und der bisherigen Planungen ist erfolgt. In der Folge wurden die notwendigen Umpfanungen definiert:

1. Umpfanung der Nutzflächen des Rettungsdienstes sowie der Fahrzeughalle nach aktuell geltenden DIN-Vorschriften sowie aktueller Bedarfsaufstellung.
2. Optimierung des Raumkonzeptes der Ebene 0 für die Nutzung als Rettungswache.
3. Umpfanung der Ebenen 1. OG und Staffelgeschoss für die Abteilung Bevölkerungsschutz sowie für den Katastrophenschutzstab.
4. Sicherstellung des kontinuierlichen Betriebes durch technische Autarkie.

Beabsichtigt ist die Umsetzung einer konventionellen Baukonstruktion gemäß dem ursprünglichen Entwurf, ohne die gestaltprägenden Elemente der Gebäudehülle wesentlich zu verändern. Dazu ist im Rahmen des bestehenden städtebaulichen Vertrages die enge Zusammenarbeit mit der Stadt Wolfenbüttel notwendig.

Geplante Meilensteine:

- Grundlagenerfassung und Vorbereitung der Ausschreibung für einen Generalplaner (GP) bis November 2025 (abgeschlossen)
- Vertragsunterzeichnung GP-Vertrag bis Ende März 2026
- Abschluss Planungsleistungen/ Baugenehmigung bis Januar 2027
- Abschluss Bauleistungen Juli 2029
- Nutzungsaufnahme bis Ende 2029

Ferner berichtet Herr Beddig über die Aufnahme von geflüchteten Menschen:

Die Restquote des Landkreises Wolfenbüttel zum 30.09.2025 lag bei 101 Personen. Mit der neuen Verteilquote zum 01.10.2025 kommen 115 aufzunehmende Personen dazu. Davon abgezogen werden 44 zugewiesene Asylsuchende, die auf die Gemeinden verteilt wurden, 49 nachgemeldete Geburten im Zeitraum vom 01.10.2023 bis 30.09.2025 sowie 86 aufgenommene Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Zum 13.11.2025 beläuft sich die noch zu erfüllende Verteilquote damit auf 37 Personen.

TOP 16 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 16 auf und stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Vorsitzender Brücher bedankt sich für die Zusammenarbeit und schließt die Sitzung um 18:13 Uhr.

Vorsitzender
Bertold Brücher

Erster Kreisrat
Heiko Beddig

Protokollführer Daniel Brennecke

Anlagen: - 3 -